Zeitschrift: Gewerkschaftliche Rundschau : Vierteljahresschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes

Herausgeber: Schweizerischer Gewerkschaftsbund

Band: 49 (1957)

Heft: 6

Artikel: Die Gewerkschaften von Gibraltar : ein Vorposten der Demokratie

Autor: Brügel, J.W.

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-353800

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 10.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

meiden, daß in Zukunft durch Staatsmaßnahmen – die aus dem großen Steuertopf kommen, kostete die Unter-der-gefährlichen-Grenze-Haltung doch dem Staat bisher 80 Milliarden Franken an Zuschüssen bezw. Steuerausfall — eine weitere Verfälschung der tatsächlichen Lebenshaltungskosten möglich ist, und damit eine Zurückweisung von entsprechenden Lohnerhöhungen, die nach dem Preisanstieg fällig wären.

Bei einer Gesamtbetrachtung der gegenwärtigen sozialen Agitation in Frankreich ist hervorzuheben, daß es sich bei den gegenwärtigen Arbeitsniederlegungen, auch dem 48stündigen Generalstreik der Eisenbahner, lediglich um «Vorpostengeplänkel» handelt und daß täglich mit weit größeren und weitgehenderen Auseinandersetzungen zu rechnen ist, wenn die Mindestforderungen der Gewerkschaften nicht erfüllt werden. Die Geduld der Werktätigen ist heute am Ende, diese sind nicht in der Lage, weiterhin die Kosten einer verfehlten Kolonialpolitik zu tragen, die die Wirtschaft des Landes langsam dem Ruin entgegenführt. Harte Auseinandersetzungen stehen bevor, zumal neue Steuererhöhungen in Aussicht stehen, die die Preise zweifellos weiter in die Höhe treiben werden. Die nächsten Wochen dürften nach dem Auftakt des 17. und 18. April und den jetzt ständig wie eine Lawine zunehmenden Forderungen aus allen Industriezweigen zu Arbeitsniederlegungen in einem Ausmaß führen, die dem des großen August-Streiks im Jahre 1953 entspricht. Die Stimmung unter den Massen ist heute für eine Auseinandersetzung großen Stiles bereit, wenn die Regierung nicht die Mindestforderungen in absehbarer Zeit erfüllt, werden die Folgen für die Wirtschaft bedeutend sein, wobei dann jedoch nicht den Arbeitnehmern, die seit Monaten vertrauensvoll auf eine Besserung ihrer Lage gewartet haben, die Schuld zugeschoben werden kann.

Dr. Jacques Schaerf, Paris

Die Gewerkschaften von Gibraltar — ein Vorposten der Demokratie

In Europa gibt es «nur noch» drei Kolonien, und sie alle sind in britischer Verwaltung: *Zypern,* eine Insel, deren Schicksal die ganze Welt in Atem hält, *Malta,* die Mittelmeerinsel, die ihrem Wunsche entsprechend vollberechtigtes Glied Großbritanniens werden soll, und schließlich *Gibraltar* an der Südspitze von Spanien. Von Gibraltar hört man am allerwenigsten – «Verfassungen werden nur denen angeboten, die Bomben werfen», sagte uns der Generalsekretär des Gewerkschaftsbundes von Gibraltar mit einiger Bitterkeit –, aber seine Probleme sind, gerade weil sie einzigartig sind, von ganz besonderem Interesse. Obwohl Gibraltar noch eine Kolonie ist und

nicht alle Wünsche der Bewohner erfüllt sind, ist es doch eine demokratische Oase im faschistischen Meer, in der die freien Gewerkschaften vielleicht der wichtigste Vorposten der Demokratie sind.

Gibraltar umfaßt nicht einmal sechs Quadratkilometer. Es ist nicht viel mehr als ein Felsen, an dessen Abhang man mit vieler Mühe eine Stadt aufgebaut hat, die eine seltsame Mischung von spanischer Kleinstadt mit englischer Garnisonstadt darstellt, in deren Hauptstraße indische Kaufleute umsatzsteuerfreie Waren zu billigen Preisen verkaufen. Hart im Raum stoßen sich dort die Dinge, und an nichts scheint es Gibraltar – der Name kommt von dem arabischen «Gebel Tarik», «Hügel des Tarik» – so zu fehlen wie an Raum. Als man der Wohnungsnot, verschärft durch Heimkehrer, die im faschistischen Spanien nicht mehr leben wollten oder durften, durch die Erbauung großer Wohnblocks an den Leib rückte, konnte man das nur um den Preis des Verzichtes auf einen Teil der Parkanlagen tun. Platz für einen Flugplatz fand man nur durch Verzicht auf die Rennbahn, die sich früher an dem Fleck befunden hatte. Nichtsdestoweniger mußte man die Piste ins Meer hinaus bauen. Aerger noch: nicht einmal zehn Meter vom Flugplatz entfernt steht schon der spanische Grenzposten...

Erst in den letzten Jahren hat man damit begonnen, in Gibraltar auch etwas zu erzeugen und auszuführen. Trotzdem ist Gibraltar immer noch vor allem Garnison, Flottenstützpunkt und Flugbasis. Uniformen aller Art und Militärpolizisten jeder Gattung beherrschen das Stadtbild. (Erfreulicherweise gibt sich aber die Armee auch so unkriegerischen Aufgaben hin wie der Fütterung der auf dem Felsen von Gibraltar frei herumlaufenden Affen.) Es gibt in Girbraltar sehr wenig private Arbeitgeber, und die Mehrheit der Arbeitnehmer, die in Gibraltar ihr Brot verdienen, lebt in einem anderen Staat. Das alles schafft auch für die Vorkämpfer der Gewerkschaftsbewegung eine recht paradoxe Situation.

Ernest Mor, der rührige Sekretär des Gewerkschaftsbundes von Gibraltar, berichtet uns, daß in der Stadt Gibraltar, die insgesamt 25 000 Einwohner zählt, 18 000 Menschen arbeiten, von denen aber 12 000 täglich aus Spanien herüberkommen – mit dem Schiff von Algeciras, zu Fuß oder im Autobus von La Linea. Viele unter diesen in Spanien lebenden Arbeitern sind heimliche Mitglieder der Gewerkschaft, lassen aber ihre Mitgliedsbücher vorsichtigerweise über Nacht in Gibraltar. Der Umstand, daß es fast nur öffentlich-rechtliche Arbeitgeber in Gibraltar gibt, bestimmt weitgehend die Struktur des Gewerkschaftsbundes, der in Sektionen für die Docker, für die Angestellten der Heeresverwaltung, der Stadtverwaltung, der Baudirektion und des Flugministeriums zerfällt. Eine weitere Sektion umfaßt alle Angestellten von in Privathänden befindlichen Betrieben. Der Gewerkschaftsbund hat sich vor einiger Zeit dem Inter-

nationalen Bund Freier Gewerkschaften angeschlossen und war am Wiener Kongreß 1955 zunächst als Beobachter vertreten. Am Kongreß des IBFG in Tunis 1957 wird er bereits als Vollmitglied teilnehmen.

Aber die Bedeutung des Gewerkschaftsbundes geht weit über das gewerkschaftliche Feld hinaus, in dem er sich um die Verbesserung der Arbeitsbedingungen in Gibraltar bemüht. Er ist Grundstock und Rückgrat der führenden politischen Partei Gibraltars, der «Association for the Advancement of Civil Rights», die in Aufbau und Zielsetzungen der britischen Labour Party vergleichbar ist. *J. A. Hassan,* ein angesehener Rechtsanwalt und Berater der Gewerkschaften, ist der Vorsitzende der Partei. Er ist zugleich Bürgermeister und wurde 1956 zum neuntenmal für die Funktion, die immer für ein Jahr besetzt wird, wiedergewählt. Hassan ist weiter Führer der Mehrheitsgruppe in der Gesetzgebenden Versammlung Gibraltars. Bei den im Sommer 1956 abgehaltenen Neuwahlen wurde Hassan mit *A. J. Risso,* dem Gewerkschaftspräsidenten, und zwei weiteren Gewerkschaftsfunktionären – *A. W. Serfaty* und *J. F. Alcantara* – mit großer Mehrheit wieder in die Gesetzgebende Versammlung entsandt. Die «AACR» hat so vier von den sieben Sitzen inne, die durch Wahl besetzt werden. So wie in England stellen die vom Gewerkschaftsbund eingebrachten Kollektivmitglieder (fast 2000) die Mehrheit der Parteimitgliedschaft, die sich auf insgesamt 2300 beläuft. Aber zum Unterschied von England war zuerst die politische Partei da, die 1947 die Initiative zur Gründung des Gewerkschaftsbundes gab.

Die Bevölkerung von Gibraltar spricht spanisch, aber die Bewohner fühlen sich nicht als Spanier. Daß es keine Irredente zugunsten eines Anschlusses an Franco-Spanien gibt, ist begreiflich. Ein Aufgehen Gibraltars im heutigen Spanien – etwas, was Franco immer wieder verlangt – wäre vom Standpunkt der Bewohner der Stadt wirtschaftlicher Selbstmord. Nichtsdestoweniger versäumt das Franco-Regime keine Gelegenheit eines Versuches, sich Gibraltar zu unterwerfen. Die spanischen Faschisten wissen natürlich, daß Großbritannien ihnen niemals Gibraltar gegen den leidenschaftlichen Protest der Bewohner Gibraltar abtreten wird. Also versuchen sie, Gibraltar durch eine Art Aushungerungstaktik zu erobern. Der Bedarf Gibraltars an Arbeitskräften kann in der Stadt selbst nicht gedeckt werden. Spanier arbeiten überall, auch in britischen militärischen Einrichtungen. Ein spanischer Grenzgänger braucht, um in Gibraltar arbeiten zu dürfen, eine Bewilligung der spanischen Behörden, und man kann sich vorstellen, daß sich die Spanier geradezu danach drängen, in Gibraltar arbeiten zu können. Um den Zustrom nach Gibraltar zu unterbinden und so auf lange Sicht die Kolonie auf die Knie zu zwingen, haben die spanischen Behörden die Ausstellung von Bewilligungen zur Arbeit in Gibraltar ganz ein-

gestellt. Nur die, die schon früher dort arbeiteten, können weiter täglich nach Gibraltar gehen. Franco rechnet damit, daß durch den natürlichen Ausfall jedes Jahres einmal die Zahl der verfügbaren Arbeitskräfte unter das Maß sinkt, das zur Aufrechterhaltung der britischen Basis nötig ist. Dann wird, glaubt er, Gibraltar ihm als reife Frucht in den Schoß fallen. Es ist natürlich nicht nur die Sehnsucht nach einem politischen Prestigeerfolg, die ihn das Problem Gibraltar lebendig zu halten heißt. Löhne und Arbeitsverhältnisse sind in Gibraltar weit besser als in Spanien. Der Gewerkschaftsbund ist auf der Wacht – ähnliches ist im heutigen Spanien unbekannt, wo es so etwas wie freie Gewerkschaften nicht gibt. Der Mindestwochenlohn ist in Gibraltar mit mehr als 4 Pfund fast viermal so hoch als in Spanien. Das Sozialversicherungssystem in Gibraltar – dem englischen Vorbild nach vielen Richtungen folgend – ist allumfassend. Daß Franco es seinen Untertanen nicht gönnt, ist nicht überraschend – sie könnten mit der Zeit im eigenen Land ähnliche Dinge haben wollen. Darum straft man die Grenzläufer, denen man das Arbeiten in Gibraltar nicht verbieten kann, durch eine besondere Geldstrafe. In Gibraltar bekommt man für das dort verdiente Geld weit mehr spanische Pesetas, als wenn man das Geld in Spanien wechselt. Ueberdies kann man dort Waren wie Kaffee und Tee, die denn auch viel geschmuggelt werden, viel billiger einkaufen. Darum verbietet Franco den Spaniern, die täglich nach Gibraltar arbeiten gehen, dort mehr als 2 Pfund wöchentlich zu wechseln ... Es ist das eine Art Steuer, die man seiner bankrotten Staatskasse entrichten muß.

Auch als Kolonie ist Gibraltar heute ein Dorn im Fleische des spanischen Falangismus, ein Vorposten der Demokratie in einer faschistischen Umgebung. Obwohl die Selbstverwaltung der Bewohner in den letzten Jahren stark ausgebaut wurde, ist sie doch noch nicht ganz verwirklicht. Um so wichtiger ist es, die werbende Kraft der Demokratie zu erhöhen bei denen, denen sie das durch und durch korrupte Franco-Regime vorenthält. Der Weg dazu wäre die vom Gewerkschaftsbund und der AACR «geforderte Verwirklichung der vollen *demokratischen Selbstverwaltung* der Bewohner Gibraltars. Das würde diesen Vorposten der Demokratie noch gewaltig stärken.

J. W. Brügel (London).

Buchbesprechungen

Statistisches Jahrbuch der Schweiz 1955. Herausgegeben vom Eidgenössischen Statistischen Amt. Verlag Birkhäuser, Basel. 1956. 643 S.

Das «Statistische Jahrbuch der Schweiz» ist schon mit Recht als ein Buch für denkende Menschen bezeichnet worden, und in der Tat bestätigt die neue Ausgabe für 1955 diese Charakterisierung. Im gewohnten stattlichen Umfang bietet die Neuausgabe auf 600 Seiten eine reiche Fülle interessanten Zahlenmaterials, das auch jeden vornehmlich am *sozialen* Geschehen Interessierten zu fesseln ver-